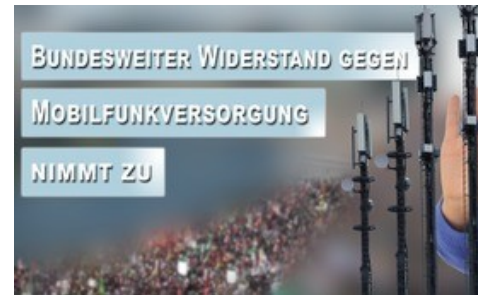




DAN - die anderen Nachrichten

Bundesweiter Widerstand gegen Mobilfunkversorgung nimmt zu



Immer mehr Bürger wehren sich gegen Mobilfunkstationen in ihrer Nähe. Selbst Gemeinden erklären, dass sie auf ihrem Gelände keinen Mobilfunkstandort wollen. Netzbetreiber stoßen auf Widerstand, sodass sich ihre Ausbaupläne verzögern. In Anbetracht des zunehmenden Ausbaus der 5G-Infrastruktur gilt es, das lebenswichtige Erwärmen zu nutzen, denn das Leben steht über Profit und vermeintlichem Fortschritt.

Die jahrelange oftmals sehr aufwendige und zähe Aufklärungsarbeit der verschiedenen Mobilfunkskeptiker und -gegner wirft ihre ersten Früchte ab. Denn laut dem IT-Fachmagazin golem.de wehren sich viele Bürger gegen Mobilfunkstationen in ihrer Nähe. "Die aufgeklärte Bürgerschaft opponiert in viel größerer Zahl gegen Vorhaben der öffentlichen Hand", erklärte Steffen Jäger vom Gemeindetag Baden-Württemberg gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Das verzögert neben dem Bau von Bahnhöfen und Flughäfen auch den Ausbau des Mobilfunks. Besonders in Baden-Württemberg wehren sich laut Vodafone Bürger zunehmend gegen die Mobilfunkversorgung. Die Telekom beklagt sogar bundesweiten Widerstand.

Laut Vodafone erschweren Bürgerinitiativen den Bau von Stationen in Stuttgart, Mannheim, Schorndorf, Waiblingen, Ludwigsburg und Kernen, wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet.

Die Telekom nennt als Hürden baurechtliche Verfahren, Naturschutzbestimmungen, fehlende Wegerechte und die Nichtbereitstellung öffentlicher Gebäude. Das gelte bundesweit.

Die Telekom hatte zuvor argumentiert, dass Gemeinden erklärten: "Nein, einen Mobilfunkstandort auf unserer Flur wollen wir nicht." "Bei etwa jeder zehnten Gemeinde - und auch das will ich nicht verschweigen - stoßen wir mit unserem Angebot, die Funkversorgung zu verbessern, auf Widerstand", sagte Walter Goldenits, Geschäftsführer Technologie Telekom Deutschland. "Wir warten derzeit bei Hunderten von Sendemasten auf Genehmigungen", sagte Telekom-Konzernchef Timotheus Höttges bei Bekanntgabe der Quartalsergebnisse.

Ein kommunaler Manager eines Netzbetreibers berichtet dem IT-Fachmagazin golem.de, welche interessante und amüsante Erfahrungen er beim Ausbau von Antennen in Kommunen gemacht hat. Ein prominenter Anwohner etwa setzte über seine Verbindungen zum Landrat durch, dass eine Antenne entfernt wurde. In einem Stadtteil von Waiblingen wollte man einen Mast möglichst mehrere Kilometer weit entfernt haben. Der Manager habe damals argumentiert, dass der Mast dann aber mindestens 60 Meter hoch sein müsste. Darauf schlug ein funktechnisch unkundiges Gemeinderatsmitglied vor, ihn angesichts dieser Dimensionen wenigstens unten in den alten Steinbruch zu stellen, damit er vom Ort aus nicht so deutlich zu sehen sei. Soweit die Mobilfunkaneddoten aus erster Hand. - Aber Widerstand erscheint mehr als berechtigt:

So hatte die Bundesdelegiertenversammlung des Bundes für Umwelt und Naturschutz

(BUND) im November 2018 einen Forderungskatalog verabschiedet, in dem von der Bundesregierung eine Vorsorge- und Schutzpolitik vor elektromagnetischen Feldern gefordert wird. Bei Planung und Bau von Mobilfunk-Sendeanlagen müssten Standorte mit empfindlichen Nutzern wie Kindergärten und Schulen besonders berücksichtigt werden. Hier seien deutlich niedrigere Anlagengrenzwerte und verbesserte Abstandsregeln vorzugeben, die auch nicht-thermische gesundheitliche Effekte berücksichtigen und verhindern helfen. Der BUND erklärte: "Längst ist bekannt, dass neben der Erwärmung von Körpergewebe durch hochfrequente Strahlung auch weitere unterschiedlich gut abgesicherte Beobachtungen zu anderen biologischen, wissenschaftlich zweifelsfrei schädlichen Effekten vorliegen. Die existierenden Immissionsgrenzwerte sollen vor den bekannten Wärmeeffekten schützen."

Darüber hinaus werde auch die Beeinflussung der Hirnströme als wissenschaftlich ausreichend nachgewiesen angesehen. Für weitere Effekte werden laut BUND deutliche Hinweise gesehen: Beispielsweise die Beeinflussung der Durchblutung des Gehirns, die Beeinträchtigung der Spermienqualität, eine Destabilisierung der Erbinformation, Auswirkungen auf die Expression von Genen sowie Hinweise auf programmierten Zelltod und oxidativen Zellstress.

Durch den zunehmenden Ausbau der 5G-Infrastruktur sei in nahezu allen Lebensbereichen eine erhöhte Strahlenbelastung zu befürchten.

Gerade deshalb gilt es, das aktuelle und lebenswichtige Erwachen aus dem Sandmännchenschlaf umso intensiver zu nutzen, diesen Todesschlaf, den das Netzwerk aus Mobilfunk-Industrie, Politik und Medien durch seine Mobilfunk- und 5G-Fortschrittspropaganda über die Menschen brachte: Denn das Leben steht über dem Profit und dem vermeintlichen Fortschritt.

von hm

Quellen:

https://www.golem.de/news/funkloecher-immer-mehr-orte-wollen-keinen-mobilfunkmast-1903-139757.html?utm_source=nl.2019-03-04.html&utm_medium=e-mail&utm_campaign=golem.de-newsletter

https://www.golem.de/news/ludwigsburg-landrat-liess-mobilfunkmast-fuer-prominenten-abbauen-1903-139802.html?utm_source=nl.2019-03-06.html&utm_medium=e-mail&utm_campaign=golem.de-newsletter

Das könnte Sie auch interessieren:

#5G-Mobilfunk - www.kla.tv/5G-Mobilfunk

#DaN - Die anderen Nachrichten - www.kla.tv/DaN

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensuriert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.